

Rede
Kiel, 07.06.2007

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 76
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Bericht über die aktuelle Umsetzung des Schulgesetzes und zu Schulanmeldungen

Natürlich ist die Einrichtung der ersten sieben Gemeinschaftsschulen in Schleswig-Holstein ein erfreuliches Ereignis für die zukünftige Schulpolitik hier im Lande. Das gemeinsame längere Lernen von Kindern bis zum 10. Schuljahr ist das Zukunftsmodell schlecht hin, dass haben uns nicht zuletzt immer wieder die verschiedenen PISA-Studien vor Augen geführt. Die Einführung der Gemeinschaftsschulen ist eine vernünftige Antwort auf die fehlende Chancengleichheit in unserem Bildungssystem und schafft die Voraussetzung dafür, dass alle Kinder jedweder Herkunft fit fürs Leben gemacht werden.

Bei aller Freude gibt es aber auch immer noch viele Widerstände zu überwinden. Der Schulkampf ist immer noch nicht vorbei und die Anhänger der geteilten Schule sind nicht bereit ihren Irrtum zu erkennen. Wenn nämlich konservative Politiker und Lehrerverbände nicht nach wie vor die Gemeinschaftsschule aus ideologischen Gründen blockieren würden, würden zum neuen Schuljahr noch wesentlich mehr als 750 Schulkinder gemeinsam unterrichtet werden.

Geht es in diesem Tempo weiter, dann dauert die Reform Jahrzehnte. Deshalb muss die Landesregierung weiterhin dafür werben, dass die Schule der Zukunft vor Ort auch wirklich gebaut wird. Vor allem die CDU-Mehrheiten

in den Kreisen müssen endlich akzeptieren und respektieren, dass die Gemeinschaftsschulen von den Eltern vor Ort gewollt werden, statt sich weiterhin mit aller Macht gegen die Schulreform zu stemmen.

Es kann also nicht angehen, dass einige Kreise mit den so genannten Schulentwicklungsplänen in der Hand versuchen die Bildung von Gemeinschaftsschulen vor Ort zu verhindern. Im Bericht der Ministerin wird deutlich, dass Schulentwicklungspläne zwar aufzustellen und regelmäßig fortzuschreiben sind, aber de facto können sie nicht als Argument dafür herhalten, dass das Ministerium die Genehmigung für die Errichtung von Gemeinschaftsschulen verweigern soll.

Dies ist dann ja auch nachweislich nicht geschehen und ich finde im Bericht wird diese Problematik mit der Formulierung „unter der Würdigung der Stellungnahmen der jeweiligen Kreise“ elegant umschifft.

Allerdings gab es besonders im Kreis Schleswig-Flensburg die interessante Konstellation, dass vernünftige CDU-Kommunalpolitiker mit Unterstützung von SSW und SPD sich vehement für die Einführung von Gemeinschaftsschulen in den Gemeinden Handewitt und Schafflund eingesetzt haben, während die CDU-Kreistagspolitiker Stimmung gegen diese Schulart machten. In Flensburg hingegen gab es eine Mehrheit von SSW, SPD und Grüne für die Errichtung von Gemeinschaftsschulen gegen den erbitterten Widerstand der CDU vor Ort.

Insgesamt macht der Bericht über die aktuelle Umsetzung des Schulgesetzes aber auch die inneren Gegensätze dieser Schulreform deutlich. Das Gesetz ist eben ein Kompromiss zwischen zwei völlig verschiedenen schulpolitischen Ansätzen. Zwar können sich beiden Richtungen im Gesetz wieder finden, aber dadurch wird der Kampf zwischen den Schularten nur auf die kommunale Ebene verlagert. Regionalschule oder Gemeinschaftsschule ist heute die Frage aller Fragen in den kommunalen Gremien oder Schulträgern vor Ort.

Der Streit der Großen Koalition um die Gemeinschaftsschulen darf aber nicht auf die kommunale Ebene verschoben werden. Die Leidtragenden werden in so einem Fall die Schulträger und die Eltern, die große Hoffnungen in die Einrichtung von Gemeinschaftsschulen setzen, weil sich so ihr ländlicher Schulstandort erhalten lässt. So kann man nicht mit den Menschen in Schleswig-Holstein umgehen. Daher mein Appell an die CDU: Stehen sie zu allen Teilen des Schulgesetzes und versuchen sie nicht die guten Ansätze für eine zukunftsfähige Schule zu unterlaufen.

Allerdings muss auch die Landesregierung ihre Hausaufgaben machen damit weitere Gemeinschaftsschulen im Lande entstehen können. Nicht zuletzt die GEW weißt ja darauf hin, dass es immer noch Probleme mit der Finanzierung

und den etwas unklaren Rahmenbedingungen bei der Einführung von Gemeinschaftsschulen gibt. Dies betrifft auch das Ganztagsschulangebot für diese Schulart, wo bei der offenen Ganztagsschule gerade viele Kinder nicht erreicht werden die ein solches Angebot benötigen würden. Hier sollte das Bildungsministerium also noch nachbessern.

Auch die Frage, was denn nun mit den heutigen Gesamtschulen genau geschehen soll und wie deren Zukunft aussieht, ist noch nicht abschließend geklärt. Auch hier wünschen wir uns, dass das Ministerium die notwendige Flexibilität ausweist um den berechtigten Forderungen der erfolgreichen Gesamtschulen in Schleswig-Holstein entgegen zu kommen. Es gibt keinen sachlichen Grund dafür, dass dieses Erfolgsmodell jetzt zu den Verlierern der Schulreform gehören sollte.

Im Bereich der Lehrerbildung kündigt die Landesregierung eine Fortbildungsinitiative an. Das ist wichtig und vielleicht sogar entscheidend für den Erfolg der Gemeinschaftsschulen. Denn der SSW vertritt die Auffassung, dass das Verharren an traditionellen Laufbahnen eher kontraproduktiv ist bei der Entwicklung einer zukunftsfähigen Schule. Denn bei der Umwandlung von Schulen in Gemeinschaftsschulen müssen alle Lehrkräfte bei der Erarbeitung des pädagogischen Konzeptes miteingebunden werden. Dazu gehört dann auch, dass dieser Schulentwicklungsprozess durch Fortbildungsmaßnahmen für die Lehrkräfte entscheidend flankiert wird.

Es kommt also noch viel Arbeit bei der zukünftigen Schulentwicklung auf uns zu. Natürlich wäre hier ein mehr stringenteres Schulgesetz hilfreich gewesen. Aber nun müssen wir mit diesem Gesetz leben und alle konstruktiven Kräfte in Schleswig-Holstein sollten sich gemeinsam für die konstruktive Umsetzung des bestehenden Gesetzes einsetzen. Der SSW wird sich jedenfalls vor Ort und im Landtag weiterhin für die Einführung von Gemeinschaftsschulen nach skandinavischem Vorbild einsetzen. Bei den Schulen der dänischen Minderheit wird dieser Prozess bereits 2010 abgeschlossen sein und wir hoffen, dass unsere Nachbarn im Landesteil Schleswig und Holstein sich dem langfristig zum Wohle der Kinder anschließen werden.